



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/154

29. Oktober 1949

Zur Tagung des sozialpolitischen
Ausschusses der SPD in Köln:

Der Kampf gegen den Lastenausgleich

Der westdeutschen Wirtschaft fehlen Investitionskredite. Die Beschaffung ist nach orthodoxer Auffassung nur auf zwei Wegen möglich:

1. Durch Spartätigkeit und einen gewissen Konsumverzicht der Bevölkerung und
2. auf dem Wege über ausländische Kredite.

Diese Formen der Kapitalbeschaffung wurden bisher von den massgebenden Leuten der jetzt in Westdeutschland exerzierten Wirtschaftspolitik mit allen Konsequenzen vertreten. Das hat die Marktwirtschaft in ein Dilemma gebracht. Sie versucht, sich dem ad 1 durch einen auferlegten Konsumverzicht, ein getarntes "Eisernes Sparen" über die Steuer- und Preispolitik zu entziehen, ad 2 durch ausländische Kapitalhilfe. Diese kann zwar Disproportionen des Kapitalmarktes verringern, ob das aber rationell und ohne unerwünschte Folgen, z. B. der betrieblichen Überfremdung, erfolgt, das ist nur bei einer Kreditkontrolle garantiert.

Neuerdings wird von den Verfechtern der Freien Wirtschaft eine weniger orthodoxe Kapitalbeschaffung propagiert, nämlich die Schaffung zusätzlicher Kreditmöglichkeiten durch Geldschöpfung. Der Wissenschaftliche Beirat der Verwaltung für Wirtschaft erklärt in einem Gutachten über Geldordnung und Wirtschaftsordnung, dass unter Beachtung bestimmter Gefahrenpunkte die zusätzliche Geldschöpfung zu vertreten sei. In diesem Rahmen muss die Ankündigung der Aufwertung von Altsparkonten gesehen werden.

Einzelheiten aus dem im Finanzministerium vorbereiteten Gesetzentwurf zur Aufwertung der Altsparkonten sind noch nicht bekannt.

Die bisher gemachten Mitteilungen lassen lediglich erkennen, dass eine Kopplung des Lastenausgleichs mit der zusätzlichen Aufwertung der Sparguthaben verbunden werden soll. Zwingende wirtschaftliche Gründe zu dieser Kopplung sind nicht unbedingt vorhanden. Die Kopplung hat zu einem grossen Teil politische und taktische Gründe. Es handelt sich darum, durch die Verbindung beider Problemkreise eine Situation zu schaffen, die es ermöglicht, die Zustimmung der SPD zu erzwingen. Man geht davon aus, dass die SPD es sich nicht leisten könne, die Sparer zu verstimmen und dass sie aus diesem Grunde dem Lastenausgleich in einer abgeschwächten Form zustimmen müsse. Es seien hier einige Gründe angeführt, die gegen eine Verkopplung der Aufwertung mit dem Lastenausgleich sprechen, die nicht von sozialdemokratischer Seite gemacht werden. In der "Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 26.10.49 nahm Minister a.D. Dr. W. Mattes in einem Aufsatz "Schattenquote und Lastenausgleich" zu diesem Thema Stellung. Folgende Bedenken machte er geltend:

1.) Die mit der Aufwertung der Altkonten beabsichtigte erneute Geldreform darf nicht den Zielen des Lastenausgleichs zuwiderlaufen. Die Nachreform muss in den Dienst des Lastenausgleichs gestellt werden.

2.) Unternehmen, die im Zusammenhang mit dem endgültigen Lastenausgleich zu belasten sein werden, sollten im Zusammenhang mit der Geldnachreform nicht vorübergehend entlastet werden.

3.) Die Unterschiede zwischen Geschädigten und Nichtgeschädigten dürfen durch die Geldnachreform nicht vertieft werden.

4.) Der Personenkreis, der nach dem Soforthilfegesetz abgabepflichtig ist, darf bei der geplanten Geldnachreform nicht berücksichtigt werden.

5.) Die Verbindung von Geldnachreform und Lastenausgleich mache es unmöglich, das im Soforthilfegesetz angestrebte Ziel einer Sonderbelastung des Vorrangvermögens zum Zwecke seiner Verringerung zu erreichen.

6.) Die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs sei bei einem Teil der Kriegsgeschädigten noch so unzureichend, dass es garnicht verantwortet werden kann, diese zugunsten der Investitionsrate zu kürzen.

7.) Durch die Geldnachreform könne nur ein Teil der Geschädigten Hilfe erhalten.

8.) Die Kennzeichnung der vor dem 1.1.1940 vorhandenen Geldvermögen als Altvermögen sei völlig verfehlt.

Wir teilen die Bedenken, die Dr. Mattes geltend macht. Die Beschaffung zusätzlicher Geldmittel ist zweifellos notwendig. Es

Es muss vor allen Dingen aber sichergestellt werden, dass die neuen Geldmittel dorthin fließen, wo sie tatsächlich wirksam sein können. Die z.Zt. vorhandene wirtschaftliche Struktur gibt auch nach zusätzlichen Kreditspritzen keine Gewähr, dass sie die vorhandene Arbeitslosigkeit aufsaugt. Die bisher zur Investitionsförderung aus inländischen und ausländischen Fonds bereitgestellten Mittel dienen nicht der Konjunkturbelebung, sondern der Fundierung der privaten Besitzverhältnisse in der westdeutschen Wirtschaft. Es ist keine Garantie, nicht einmal die Wahrscheinlichkeit vorhanden, dass durch die Geldnachreform die so notwendigen strukturellen Änderungen eingeleitet werden. Diese Möglichkeiten liegen lediglich in einem kompromisslos durchgeführten Lastenausgleich.

Zwischen Zwang und Not

so. Die Differenzen, die sich zwischen der Berliner Stadtverwaltung und der SPD in Berlin in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche ergeben und die inzwischen weitgehend beigelegt werden konnten, stellten einen Konflikt zwischen der Zwangslage einer Regierung und der Notlage einer Bevölkerung dar, wie er immer wieder in Krisenzeiten auftaucht. Er erklärt sich weiter daraus, dass diese Bevölkerung in Berlin in erster Linie und ganz überwiegend durch die SPD repräsentiert wird.

Die Zwangslage des Magistrats bestand darin, dass dem Berliner Oberbürgermeister Prof. Reuter in seinen Verhandlungen in Bonn von den massgebenden westdeutschen Stellen klar gesagt worden war, die Zuschüsse für den Berliner Haushalt müssten davon abhängig gemacht werden, dass in Berlin keine weiteren Lebensmittelsubventionen gezahlt werden sollten, weil das auch in Westdeutschland nicht geschah. Der Berliner Magistrat hat jetzt für jeden Einwohner der Westsektoren durch Subventionen fünf Mark im Monat zugeschossen, was zwischen 10 und 12 Millionen D-Mark ausmacht. Ob der Westen damit recht tat, so entschieden auf dieser Forderung zu bestehen, ist eine andere Frage. Man kann aber sicher sein, dass Prof. Reuter alles versucht hat, eine für Berlin maximal günstige Vereinbarung zu treffen und auch Franz Neumann hat die Verdienste Reuters in dieser Hinsicht anerkannt, wenn er auch beanstandete, dass bei den Bonner Verhandlungen kein Vertreter der Berliner Arbeiterschaft hinzugezogen worden ist.

Zweifellos trifft aber auch den Magistrat ein Verschulden. Im Frühjahr hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, der Magistrat solle bis zum 1. Oktober dieses Jahres Vorschläge ausarbeiten, nach denen die Subventionen der Lebensmittel ab 1.1.1950 erst eingestellt werden sollten. Der Magistrat hat diese Frist nicht eingehalten und Reuter hat nun in Bonn offenbar versprochen, mit der Subventionierung sofort aufzuhören. Dagegen wandte sich Neumann mit Unterstützung der gesamten Fraktion, weil dann weitere Preiserhöhungen unvermeidlich würden.

Aus diesem Dilemma hat man einen Ausweg dadurch gefunden, dass zwar entsprechend dem Reuterschen etwas ultimativ vorgebrachten Vorschlag verfahren werden wird, dass aber zum Ausgleich der Preiserhöhungen Hilfsmassnahmen für bedürftige Bevölkerungskreise mit einem Einkommen unter 250 DM monatlich in Kraft treten sollen.

(m/1/2910/hs)

Das britisch-italienische Verhältnis

EAV Rom, Ende Oktober

Das römische Außenministerium unterrichtet die Öffentlichkeit von einer "freundschaftlichen Ermahnung", die der britische Botschafter bei einem Gespräch mit Sforza an die Adresse italienischer Zeitungen richtete. Von einem "offiziellen Protestschritt" gegen die zweifellos sehr starke antibritische Pressekampagne vor allem römischer Blätter kann keine Rede sein. Und doch nehmen "Giornale d'Italia" und der Mailänder "Corriere della Sera" in Worten gegen diese "Ermahnung" Stellung, die nur zu deutlich zeigt, wie sehr sich Ressentiments angehäuft haben. Die römische Zeitung, welche "Erinnerungen aus indischen Kriegsgefangenenlagern" veröffentlichte und britische Demontagen in Tripolitarien zum Anlass sehr scharfer Äusserungen nahm, weist auf die egoistische und antieuropäische Politik des Foreign Office hin. "Die britische Regierung verwechselt Loyalität mit Feindschaft, den lebhaften Wunsch nach Freundschaft mit Gegnerschaft", wenn die italienische Presse die Interessen ihres Landes vertritt. "Der Schritt stellt eine ungehörige Einmischung und den Versuch dar, die Pressefreiheit zu beeinträchtigen". Und der "Corriere della Sera" meint, dass die bestehende Spannung nicht allein auf ein Verschulden Italiens zurückgehen könnte, wenn die Engländer auch die kleinste italienische Forderung innerhalb der UNO immer und beharrlich abgelehnt haben. "Das Foreign Office fühlt sich beleidigt und ist beunruhigt; aber hat es nicht die Wünsche totalitärer Staaten auf Mäßigung der britischen Presse immer abgelehnt? Die britische Regierung ist heute gegenüber Kritik aus dem In- oder Ausland intolerant". Nicht einmal aus Liebe zur europäischen Zusammenarbeit sind die Engländer bereit, zu vergessen, dass sie den Krieg gewonnen haben". Ein Londoner Bericht der Mailänder Zeitung unterrichtet dabei über einen neuen sehr peinlichen Zwischenfall. Italien hat seit Kriegsende etwa 70 Millionen Liebesgabenpakete (laut Minister Strachey) mit Wurst, Käse und anderen Lebensmitteln nach England geschickt. Als bekannt wurde, dass auf englischen Auslandsbriefen der Stempel

"England dankt für Liebesgabenpöckete" aufgedruckt wird, verlangte ein konservativer britischer Unterhausabgeordneter, dass im Dank gegenüber Sieger - und Besiegtenvölkern ein Unterschied gemacht werden müsste.

Aussenminister Sforza selbst hatte in Interviews, die er der "New York Times" und dem "Corriere della Sera" gewährte, als Gründe für die Gegensätze zwischen beiden Ländern die britische Haltung in der OEEC, die eigenstichtige Handelspolitik Englands und seine Aspirationen auf die ehemaligen Kolonien Italiens genannt. Sogar Marineminister Saragat wandte sich in der "Umanità" an seine Parteifreunde in London und bezeichnete die Haltung Englands-Italien gegenüber als unfreundlich. Das römische Aussenministerium unterstrich in seinem Kommuniqué noch einmal den Wunsch Italiens nach wirklicher Freundschaft mit England. Sforza sprach davon, dass die politische, wirtschaftliche und moralische Einheit Europas von allen in gleicher Weise und in gegenseitigem Vertrauen verteidigt werden müsse.

:::::

Drei Jahre im Sowjet-KZ

so. Eine junge Berlinerin, die im Juni 1945 wegen ihrer Zugehörigkeit zum BDM durch deutsche Kriminalpolizei verhaftet und

der NKWD übergeben worden war, kehrte jetzt zurück. Auf ihrem Leidensweg durch die Konzentrationslager der sowjetischen Zone,

Hohenschönhausen, Ketschendorf, Jamnitz und Mühlberg bei Bautzen erlebte sie die ganze Brutalität des sowjetischen Systems. Allein

in Hohenschönhausen wurden damals 5.000 Menschen gefangen gehalten, im Lager Ketschendorf um dieselbe Zeit 10 bis 12.000 Häftlinge und

in Mühlberg, einem der grössten Lager, im Oktober 1947 15.000 Häftlinge. Auf dem Transport von Hohenschönhausen nach Ketschen-

dorf, den 1055 Häftlinge antraten, starben unterwegs und an den Folgen des Transports in den ersten Wochen im Lager an Erschöpfung,

Unterernährung und Ruhr zusammen nahezu 950 Häftlinge. Wer auf dem Marsch vor Erschöpfung zusammenbrach, wurde mit Gewehrkolben

wieder angetrieben. Drei Tage und drei Nächte wurden die Gefangenen im Hochsommer ohne einen Tropfen Trinkwasser vorwärtsgetrieben. Übernachtet wurde auf sumpfigen und nassen Wiesen. Viele Jugendliche erkrankten an Tbc und verstarben wegen ungenügender Pflege. Im Januar/Februar 1945 verstarben im Lager Ketschendorf täglich durchschnittlich 25 Häftlinge. Die Verhältnisse und die Behandlung waren in allen Konzentrationslagern gleich katastrophal und unmenschlich. Von Zeit zu Zeit wurden Transporte aus relativ gesunden Häftlingen nach der Sowjetunion zusammengestellt. Während der gesamten Haft erhielten die Gefangenen keine Möglichkeit, ihren Angehörigen irgend eine Nachricht zu geben. Nur wenige gingen wieder in die Freiheit. Die meisten Gefangenen wurden auf die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verteilt.

: : : : :

Appell an die Rundfunkintendanten

(sp.) Einer Leserzuschrift entnehmen wir:

"Gespannt habe ich die letzten Beratungen der westdeutschen Rundfunkintendanten verfolgt. Zu meinem Bedauern habe ich nichts davon gehört, dass die versammelten Intendanten sich zu einem Gemeinschaftsprogramm entschlossen hätten, wie es in verschiedenen Zeitungen zur Unterstützung der schwer kämpfenden Ostzonenbevölkerung angeregt wurde. Es scheint, dass den Rundfunkintendanten die Notwendigkeit einer solchen Aktion noch nicht eingegangen ist und das scheint mir wieder eine Verkennung der parteipolitischen Neutralität, zu der sich der Rundfunk verpflichtet hat. Denn in diesem Fall geht es nicht darum, dieser oder jener Partei nahezutreten, sondern es geht um die gesamte Bevölkerung der Ostzone, die sich einer langsam, aber sicher tötenden totalitären Staatsmaschinerie gegenüber sieht. Jeder Westdeutsche, der in der Ostzone Angehörige oder Freunde hat, wird wissen, wie sehr man drüben auf jede Ausserung des Westens wartet, von der man ableiten kann, dass wir den Osten noch nicht abgeschrieben haben. Da den West-Zeitungen der Zugang zur Ostzone verwehrt ist, hat der Rundfunk eine umso grössere Aufgabe.

Die westdeutschen Rundfunkintendanten haben sich dieser Erkenntnis bisher verschlossen. Die politischen Parteien, die so oft ihre politische Verbundenheit mit den Menschen der Ostzone betonen, haben hier eine Gelegenheit, dem Gewissen der Rundfunkintendanten nachzuhelfen.

H.P.